



An den Grossen Rat

17.5268.02

PD/P175268

Basel, 8. November 2017

Regierungsratsbeschluss vom 7. November 2017

Schriftliche Anfrage Pascal Messerli betreffend „Pro-Palästina-Bewegungen und Antisemitismus in Basel“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Pascal Messerli dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

"Die kürzlich in deutschen Medien erschienene Dokumentation "Auserwählt und ausgegrenzt - Der Hass auf Juden in Europa" zeigt einmal mehr auf schockierende Art und Weise, dass antisemitische Vorfälle auch in der heutigen Zeit keine Seltenheit sind. Die Dokumentation verdeutlicht, dass Dutzende, staatlich subventionierte Nichtregierungsorganisationen antiisraelische Propaganda betreiben und Spendengelder zweckentfremden. Gelder, die für humanitäre Hilfe in Palästina gesammelt werden, landen zudem unmittelbar bei der Terrororganisation Hamas. Auf nationaler Ebene wurde zu diesem Thema bereits ein politischer Vorstoss an den Bundesrat überwiesen. Öffentliche Schweizer Gelder, welche direkt oder indirekt für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden, sollen nicht mehr gesprochen werden dürfen, wenn die unterstützten Nichtregierungsorganisationen in rassistische, antisemitische und hetzerische Aktionen verwickelt sind. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Werden pro-palästinensische Nichtregierungsorganisationen vom Kanton Basel-Stadt finanziell unterstützt? Wenn ja in welchem Umfang?
 2. Fliessen weitere kantonale Gelder durch die Entwicklungshilfe nach Palästina?
 3. Wie stellt der Kanton sicher, dass die in Frage 1 und 2 erwähnten Gelder nicht für antiisraelische Zwecke eingesetzt werden?
 4. Bemerkt der Regierungsrat auch im Kanton Basel-Stadt eine Zunahme von Judenfeindlichkeit und Antizionismus?
- Pascal Messerli" "

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Frage 1: Werden pro-palästinensische Nichtregierungsorganisationen vom Kanton Basel-Stadt finanziell unterstützt? Wenn ja in welchem Umfang?

Der Kanton Basel-Stadt unterstützt keine pro-palästinensischen Nichtregierungsorganisationen und auch keine Organisationen, die in rassistische, antisemitistische und hetzerische Aktionen involviert sind.

2. Frage 2: Fliessen weitere kantonale Gelder durch die Entwicklungshilfe nach Palästina?

Die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt engagiert sich für die Verbesserung der Lebensumstände in Ländern des Südens mit grossem Entwicklungsbedarf. Der Kanton beabsichtigt, mit den finanziellen Beiträgen die Entwicklungschancen der Bevölkerung in den ärmsten Ländern der Welt oder in speziell benachteiligten Regionen nachhaltig zu verbessern.

Die Kommission für Entwicklungszusammenarbeit entscheidet über Projektbeiträge aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit (jährlich stellt der Regierungsrat 1.65 Mio Franken zur Verfügung). Die Kommission hat in den letzten Jahren folgende Projekte in Palästina finanziell unterstützt:

Organisation	Projekt	Jahr	Gesprochener Betrag
Katharina Werk Ökumenische Gemeinschaft mit interreligiöser Ausrichtung	Sounds of Palestine / Langzeit-Sozial-Musik-Projekt	2013	CHF 30'000
HEKS	Freiwillige Friedensarbeit in Palästina und Israel	2014	CHF 40'000
Herrnhuter Sozietät Basel	Restoring Building Space for Rehabilitation and Sustainability Purposes	2015	CHF 30'000
Katharina Werk Ökumenische Gemeinschaft mit interreligiöser Ausrichtung	Sounds of Palestine / Langzeit-Sozial-Musik-Projekt	2015	CHF 40'000

3. Frage 3: Wie stellt der Kanton sicher, dass die in Frage 1 und 2 erwähnten Gelder nicht für antisemitische Zwecke eingesetzt werden?

Der Unterstützungsbeitrag geht an anerkannte Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit. Die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons engagiert sich ausschliesslich im Rahmen von Projekten im Ausland, wobei thematische Schwerpunkte im Fokus stehen (medizinische Versorgung, Landwirtschaft, Bildung, Gewerbeförderung etc.). Bei der Beurteilung von Gesuchen orientiert sich die Kommission an einem Kriterienkatalog (Qualität, Relevanz, Effektivität, Wirkung, Nachhaltigkeit, Transparenz der Finanzierung, ethische Aspekte). Durch die Prüfung gemäss diesem Kriterienkatalog ist sichergestellt, dass Gelder nicht für antisemitische Zwecke eingesetzt werden.

4. Frage 4: Bemerkt der Regierungsrat auch im Kanton Basel-Stadt eine Zunahme von Judenfeindlichkeit und Antizionismus?

Gemäss den Zahlen des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) und der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) ist bis Ende 2016 nicht von einer Zunahme von Judenfeindlichkeit zu sprechen, weder in der Schweiz noch im Kanton Basel-Stadt. Die Zahlen in den Berichtsjahren 2016, 2015 und 2014 entsprechen in etwa den Vorjahren und werden vom SIG und von der GRA als „über die Jahre betrachtet relativ stabil“ beschrieben. Die Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der Schweizer Bevölkerung wird ebenfalls als relativ stabil bei etwa zehn Prozent der Bevölkerung eingeschätzt.

Zahlen zu antisemitischen Inhalten im Internet lassen sich nicht erheben. Allerdings kann qualitativ immer dann eine Zunahme beobachtet werden, wenn sich der Konflikt zwischen Israel und Palästina zuspitzt (zuletzt 2014).

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin